

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verbandsstelle in Leipzig
Zeiler Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C
Fernruf 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaaltene Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einwendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 35

Sonnabend, den 2. September 1922

26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Baustelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Zugang fernhalten: „Sperre“, „Streik“, „Zugang fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperrt:

In Jena (Grabsteingeschäft von Ebert & Meyer). Die Dortmunder Union (Hochofenbau) von Steinmetzen unbedingt zu meiden. In Braunschweig, Platz Deilner & Hüser.

Streik:

In Steinach (Firma Mohr, Griffelindustrie). In Aachen (Steinmetzen). In Frankfurt a. Ober. In Oberriedenberg, Morlebau, Roth-Nordheim. In den Werken der Firma Leimbach & Co.

Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Forst (Grabsteingeschäfte).

Erlebte Bewegungen.

Altgronau. Streik mit Erfolg erledigt. Neustettin. Streik beendet; die Arbeitsaufnahme erfolgte am 23. August.

Reichslohntarif für Granitschleifereien. Die Teuerungszuschläge für Akkord- und Zeitlohnarbeiter erhöhen sich vom 17. resp. 18. August an auf 2850 Prozent; vom 24. resp. 25. August auf 2900 Prozent; vom 31. August resp. 1. September auf 3150 Proz.; vom 7. resp. 8. September auf 3400 Prozent und vom 14. resp. 15. September auf 3650 Prozent.

Teuerung, Gewerkschaften, Regierung.

Die Tageszeitungen, unter anderen der Berliner „Vorwärts“, meldeten am 24. August:

Die Führer der gewerkschaftlichen Spitzenverbände werden heute nachmittag beim Reichskanzler vorstellig werden. Es herrscht bei den Gewerkschaften die Auffassung, daß die Reichsregierung so schnell wie möglich energische Schritte unternehmen muß, wenn nicht unsere Gesamtwirtschaft zusammenbrechen soll.

Diese Schritte sind in der Tat sehr angebracht, müssen recht bald unternommen werden; sonst ist schließlich die Arbeiterchaft gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen. Das ergäbe im geordneten Staatsleben allerdings keinen erfreulichen Zustand. Bürgerliche Blätter sagen nun sofort wieder von der „gewerkschaftlichen Nebenregierung“. Statt daß diese Blätter energisch Stellung nehmen gegen die Preisbildung über Nacht von den Groß- und Kleinhändlern, einschließlich der Landwirte, also der Ursache sich zuwenden, richten sie sich gegen die Auswirkung. Das wird die Gewerkschaften nun nicht abhalten, für ein energisches Durchgreifen einzutreten. Der „Vorwärts“ schreibt im Zusammenhang mit obiger Notiz:

„Das Ausland löst sich fluchtartig von der deutschen Mark. Die vielen Milliarden Papiermark, die bisher in der Welt herumgeschwammen, stürzen jetzt auf Deutschland herab. Das bedeutet, daß die Geschäftsleute der Welt, die seinerzeit Mark in der Hoffnung auf eine Gefühnung der deutschen Wirtschaft aufnahmen, heute diesen Glauben nicht mehr haben. Sie entledigen sich mit Verlust ihrer Markbestände, unbekümmert um unser Schicksal.“

Die deutsche Wirtschaft erzittert unter dem Druck der furchtbaren weiter stürzenden Mark in ihren innersten Grundfesten. Sie wird und muß zusammenbrechen, sobald die Reichsregierung zuläßt, daß die arbeitende Schicht hemmungslos in den Strudel der steigenden Preise hineingezogen wird und darin umkommt.

Es kann jetzt nicht scharf genug betont werden, daß zwischen der äußeren und der inneren Entwertung der Mark ein Unterschied besteht. Es ist nicht wahr, daß jeder Tagesbedarf des kleinen Mannes untrennbar mit dem Börsenkurs des Dollars verbunden sei. Das wäre nur richtig, wenn wir ausschließlich von Einfuhrprodukten lebten. Wir haben aber auch einen innerwirtschaftlichen Markt, der in weitem Umfange die Bedürfnisse des Arbeiters und Angestellten befriedigt. Wir haben Warenvorräte im Lande, in denen kein Cent ausländischen Materials steckt. Hier muß eingegriffen werden.

Die Gewerkschaften würden sich selbst aufgeben, wenn sie dulden wollten, daß der Wucher an diesen dem gesamten Volk gehörenden Werten so hemmungslos weiter geht wie in den letzten Wochen. Ein großer Teil unserer Lebensmittel, wie Kleider, Schuhe und viele andere Artikel, sie entstehen auf deutschem Boden aus deutschen Produkten und aus deutscher Arbeit. Hier muß regulierend eingegriffen werden, mag auch mancher vor dem Worte Zwangswirtschaft erschrecken. Die Regelung braucht keine Zwangswirtschaft zu sein, sie muß aber von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten im vollen Sinne des Wortes getragen werden.

Mit einer systematischen Markbeherrschung und Preisbeeinflussung im Inland muß eine planmäßige Umgestaltung unseres Außenhandels Hand in Hand gehen.

Im Monat Juni wurde unsere Zahlungsbilanz allein durch Zudeinfuhren mit mehr als einer Milliarde Mark belastet. Das bedeutet rund den vierten Teil des ganzen Einfuhrüberschusses jenes Monats. Die heimische Zudeproduktion müßte sehr wohl ausreichen, um den wirklichen Ernährungsbedarf der Bevölkerung an Zucker zu decken. Es ist undenkbar, daß der Arbeiter für ein Pfund Margarine oder Schmalz Hunderte von Mark zu zahlen hat, während die für die Erhaltung seiner Arbeitskraft wichtigsten Produkte in Konfitüren, Schokoladen, Likören, Bier, Kuchen und Luxusbackwaren zum Genuss und Vergnügungsmittel einer leichtsinnig sich amüsierenden Oberschicht werden.

Es gibt viele Wege, die uns zwar alle nicht aus dem Elend der Bedingungen von Versailles herausführen, die aber ein hemmungsloses Versinken des deutschen Volkes in den allgemeinen Pauperismus zu verhindern vermögen.

Wir täuschen uns nicht über die geringe Bedeutung, die heute eine verschärfte Kontrolle des Devisenhandels hat in einem Moment, da man auf der Berliner Börse glücklich ist, wenn 500 Dollar auf den Markt geworfen werden. Wir sind aber ebenso klar darüber, daß die kapitalkräftigen Leute Deutschlands in der verschiedensten Form und unter mancherlei Deckung über beachtenswerte Auslandsgehälter verfügen. Wir wissen, daß die Finanzämter noch heute den größten Teil ihrer Arbeitskraft darauf verwenden, von Arbeitern und kleinen Leuten Steuerpfennige einzuziehen, während nach wie vor die Erhebung der Steuern vom großen Besitz und von den mit der Dollarentwertung im gleichen Tempo steigenden Nießgewinnen um Jahre zurückgeblieben ist. Auch hier muß endlich eingegriffen werden.

Die Spitzenverbände werden heute beim Reichskanzler über alle diese Fragen und manche andere, die hier nicht näher berührt sind, zu sprechen haben. An der Reichsregierung, die sich der großen Verantwortlichkeit ihrer Stellung gegenüber dem ganzen Volke bewußt ist, wird es liegen, aus den ihr zu gebenden Anregungen die Maßnahmen zu gestalten, die wir alle jetzt von ihr dringend fordern.

Wir haben Geheze gegen den Wucher, wir haben in einzelnen Städten sogenannte Wucherämter und Preiskontrolloren, trotz alledem hat die Spekulation auf Kosten der Arbeiter und Angestellten noch nie so geblüht wie jetzt. Jeder Kaufmann, jeder Krämer ist sein eigener „Preiskontrollor“. Steigt der Dollar am Nachmittag, dann hat er ganz bestimmt am anderen Morgen höhere Preise für seine vorräthigen Waren von Lebensmitteln, wie Butter, Eier, Hülsenfrüchte usw. Diesem gewissenlosen Treiben muß ein Riegel vorgehoben werden. Diese Art Leute handeln viel gewissloser als die ausländischen Vergeltungspolitiker, und wenn hier von den maßgebenden Stellen nichts unternommen wird, dann darf die Arbeiterchaft an den einzelnen Orten nicht zaudern und muß durch wohlorganisierte Maßnahmen diesen nimmersatten Volksausbeutern andere, aber bescheidenere Verdienstabfichten beibringen.

Kurz vor Blattschluss erfahren wir, daß die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit der Reichsregierung eingehend verhandelt haben und in der Hauptsache die folgenden Mittel gegen die Teuerung anregen bzw. vorschlagen.

1. Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.

1. Einschränkung der Einfuhr auf das geringstmögliche Maß, insbesondere Unterbindung der Einfuhr von Luxusartikeln durch Einfuhrverbot oder schärfere Anspannung der Einfuhrzölle. Als Luxusartikel wurden unter anderem dabei genannt: Zigaretten, Zigaretten, Tabak, Bier, Tee, Schokolade, Pelze und Seide. Weitest auch Kaffee darunter fallen soll, bedarf besonderer Erwägungen.

2. Erhöhung der Ausfuhrabgaben. Bei längerer Dauer des gegenwärtigen Zustandes Nachprüfung aller Tarifpositionen auf die Möglichkeit einer besonderen Heraushebung über die allgemeinen Tariffälle. Die Regierung hat bekanntlich bereits eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben im mäßigen Umfang vorge schlagen. Die Gewerkschaften wünschen eine besondere Nachprüfung, um eine weitere Erhöhung der Ausfuhrabgaben für besonders tragfähige Positionen durchzuführen.

3. Kontrolle des Devisenhandels mit dem Ziele, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie lediglich für den Handelsverkehr mit dem Ausland braucht. Verbot der Devisenspekulation und Beschlagnahme aller darin erzielten Umsätze.

4. Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen zur Auflegung einer inneren Goldanleihe unter Heranziehung der Sachwerte zur Deckung einer solchen.

5. In Verbindung damit Vorbereitungen für eine Fixierung der deutschen Währung.

6. Rasche Einziehung der Einkommensteuer. Die hier vorgebrachten Vorschläge der Gewerkschaften scheinen durch die letzten Regierungsmaßnahmen bereits verwirklicht. Einer weiteren Anregung, die Umsatzsteuer nach dem Gesichtspunkte des allgemeinen Verbrauchs und des Luxusverbrauchs zu staffeln, stehen erhebliche technische Schwierigkeiten entgegen.

7. Um der Kreditnot zu steuern, unter der die Landwirtschaft und sogar die landwirtschaftlichen Großbetriebe leiden, regten die Gewerkschaften Kreditmaßnahmen an, nicht auf Kosten aber doch unter Garantie der Reichsregierung, um den Landwirten die nötigen Gelder zur Durchführung einer intensiven Wirtschaft im Kreditwege zur Verfügung zu stellen. Vielleicht könnten dazu der Kreditfonds der Landwirtschaftsstelle oder ähnliche Gelder Verwendung finden.

2. Innerpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen.

1. Maßnahmen zur hinreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Schärfste Ueberwachung des Viehhandels und Fleischverkehrs. Dabei wurde auch angeregt, endlich mit dem Verbrauch zu brechen, daß die Provisionen der Viehhändler nach dem Preis berechnet wird, wodurch die Viehhändler unmittelbar an der Preissteigerung interessiert werden.

2. Verbot der Herstellung von Trinkbranntwein, eventuell Verbot der Verwendung von Kartoffeln, Getreide, Mais, Reis und sonstigen zur menschlichen Ernährung geeigneten Produktion zur Herstellung von Branntwein. Hierbei wurde auch ein vollständiges Alkoholverbot in Anregung gebracht.

3. Einschränkung der Bierbrauerei. Verbot der Herstellung von Bier mit mehr als 8 Proz. Stammwürze. Strengstes Verbot der Verwendung von Zudeerüssen zur Bierbrauerei.

4. Wiedereinführung der öffentlichen Bewirtschaftung des Zuckers. Verbot der Verwendung von Zucker zur Herstellung von Konfitüren, Likören, Schnaps, Schaum- und Obstwein. Einschränkung des Zuckerverbrauchs bei der Herstellung von sonstigen Luxusartikeln und Backwaren. Begrenzung der Herstellung von Konfitüren, Marmelade und Obstkonerven nach Menge und Zudegehalt. Beibehaltung des Ausfuhrverbotes für Erzeugnisse dieser Art.

5. Verschärfung der Bestimmungen, die die Erfassung der Milch und der Milchprodukte lediglich für die Zwecke der Volksernährung sichern. Da die wünschenswerte Preissteigerung der Milch ständig auf den Butterpreis zurückgeführt wird, wurde auch ein gänzlich Verbot der Butterherstellung für den Handel zur Erwägung gegeben. Butter ist für die große Masse der Verbraucher sowie ein unerlässlichlicher Luxusartikel geworden und kann auch von den Bemittelten durch Margarine ersetzt werden. Die Ueberflüsse der Milch könnten dann zu einem Volksernährungsmittel wie Käse verarbeitet werden.

6. Stärkere Ausmahlung des Brotgetreides.

7. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen. Bestrafung derjenigen Seefischereiernternehmungen, die mehr als einen noch festzusetzenden Teilbetrag ihres Fanges an ausländischen Märkten absetzen, gegebenenfalls durch Beschlagnahme der Fahrzeuge.

8. Maßnahme gegen den unmäßigen Aufwand in Gast- und Speisewirtschaften, insbesondere Wiedereinführung der Bestimmung, daß nur zwei Fleischgerichte zur Auswahl stehen und nur ein solches verabreicht werden darf. Erneute Anweisung an die Kommunalbehörden, den Luxusvergnügungstätten, Dielen, Bars, Kabarets und gewisse Konzertlokale in schärfster Weise bis zur Prohibition zu besteuern.

9. Durchgreifende Maßnahmen auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens, insbesondere nach der Richtung gemeinwirtschaftlicher Regelung der Baustoffwirtschaft.

10. Verschärfung der Strafbestimmung gegen den Wucher, insbesondere die Zurückhaltung von Waren in gewinnfüchtiger Absicht. Angeregt wurde die Gewährung von Prämien oder Belohnungen für die Anzeige solcher Lager und die Heranziehung von Laienbeisitzern, Verbrauchern, zu den Wuchergewichten.

11. Für die Arbeitslosen, die Sozialrentner, die verarmten Kleinrentner, die rentenlosen Erwerbsunfähigen und Empfänger von Armenunterstützung sollen Reich, Länder und Gemeinden besondere Einrichtungen treffen. Gedacht ist etwa an Speise- und Wärmeanstalten.

Außerdem war am 25. bzw. 24. August eine Vertretung des Internationalen Gewerkschaftsbundes aus Amsterdam und der zweiten Sozialistischen Internationale aus London eingetroffen, um mit dem DGB und den beiden sozialistischen Parteien (USP. und SPD.) Hilfsmaßnahmen auf internationaler Grundlage zu besprechen.

Die Reichsregierung hat bereits die ersten Maßnahmen getroffen. Die Arbeiterchaft erwartet weitere von ihr ohne zu zaudern.

Sozialisierung von „unten“.

Von Hermann Lüdemann, M. d. L.

Eine Entschliebung zur Sozialisierungsfrage, die der Leipziger Gewerkschaftskongress am 21. Juni d. J. angenommen hat, enthält die Aufforderung, die „Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern“ und zu diesem Zwecke „die wirtschaftliche und finanzielle Macht der Arbeiterchaft in den Diensten der Gemeinwirtschaft zu stellen“. Die Aufforderung ist formell an den Vorstand des DGB gerichtet. Es wäre aber falsch, wollte die organisierte Arbeiterchaft deshalb davon absehen, aus sich heraus die erforderliche Initiative zu entwickeln, um sofort überall im Reiche, wo sich Anlaß oder Möglichkeit dazu bietet, im Sinne des erwähnten Beschlusses zu wirken. Unsere traurige Gegenwart mit ihrer chaotischen Wirtschaft, der ununterbrochenen Geldentwertung und den täglichen, ja stündlichen Preissteigerungen auf allen Gebieten des notwendigen Lebensbedarfes jähret förmlich nach Gemeinwirtschaft! Und ist diese auch nicht mit einem Schlage und nicht in allen Gewerben gleichzeitig erreichbar, so liegt doch kein Grund vor, deshalb mit der Arbeit überhaupt nicht zu beginnen und auf jeden Versuch einer schrittweisen Sozialisierung zu verzichten. Leider hat der alte Obrigkeitsstaat mit seinem überspannten Zentralismus und der gewollten Verkümmern freier Selbstbestimmung und Selbstverwaltung im deutschen Volke allzusehr die Neigung entwickelt, alle Neuerungen in erster Linie von behördlichen Maßnahmen zu erwarten. Infolgedessen glauben große Teile der arbeitenden Massen, auch auf dem Gebiet der Wirtschaft, wo doch Initiative und persönliche Tatkraft weniger als anderswo zu entbehren sind, jeden Fortschritt durch Anordnungen von „oben“ erwarten zu müssen. Und das ist grundfalsch! Oder ist das etwa der Sinn des Sozialismus, daß alles durch den Staat geschieht soll? Daß ohne vorherige Anordnung einer weisen Regierung kein Stück der alten Wirtschaft berührt, ohne amtliche Genehmigung kein Schritt zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft unternommen werden darf?

Staatshilfe oder Selbsthilfe? Das ist also die Frage? Nein, es ist heute keine Frage mehr, sondern es steht bereits außer Zweifel, daß das große Ziel nur erreicht werden kann, wenn beide — nebeneinander und miteinander, je nach Lage des Falles — in Anwendung gebracht werden. In bestimmten Gewerbezweigen, wie im Berg- und Hüttenwesen, wird eine Gemeinwirtschaft nur mit den gesetzgeberischen und finanziellen Mitteln des Reiches verwirklicht werden können. Auf anderen Gebieten unserer Volkswirtschaft jedoch kann ein gut Teil praktischer Sozialisierungsarbeit durch die schöpferische Kraft der Arbeitenden selbst geleistet werden. Der Kapitalismus ist auch nicht an einem Tage entstanden! In zähem Kampf gegen die zunftmäßige Gebundenheit des alten Feudalstaates hat er sich nur langsam durchsetzen können und ist erst ganz allmählich zum herrschenden Wirtschaftssystem geworden. Das kapitalistische Unternehmertum hat es allerdings meisterhaft verstanden, von allen Möglichkeiten der Selbsthilfe weitgehenden Gebrauch zu machen. Das arbeitende Volk — als Produzent wie als Konsument — steht dahinter weit zurück. Das muß anders werden! Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen zeigen, daß sie auch ohne die unermesslichen Geheimräte des Staates ein gut Stück wirtschaftlicher Reformarbeit aus eigener Kraft zu leisten imstande sind.

Die finanzielle Kraft des einzelnen Proletariats ist freilich gering. Aber das ist bestimmt kein Grund, sie dem Privatkapital zuzuführen. Wo liegen heute die Spargelder der Arbeiter, die Vermögensbestände ihrer Verbände? Fast ausschließlich in Sparkassen und Banken. Und was geschieht dort mit ihnen? In Form von Hypotheken, Beteiligungen, Darlehen usw. werden sie den kapitalistischen Hausbesitzern, Kaufleuten und Industriellen zugeführt, die damit ihre ausbeuterische Profitwirtschaft stützen, die Rohstoffe monopolisieren und die Allgemeinheit schröpfen. Hier gilt es daher, den Hebel anzusetzen, und da überdies bei den gegenwärtigen politischen Machtverhältnissen vom Reich einstweilen keine nennenswerte Initiative auf diesem Gebiet zu erwarten sein dürfte, ist die freie Sozialisierung, die Sozialisierung von „unten“ zur Zeit die wichtigste Aufgabe der organisierten Arbeiterchaft.

Die ersten Versuche von Arbeitern, inmitten unserer privatkapitalistisch organisierten Wirtschaft soziale Eigenbetriebe zu errichten, liegen viele Jahre zurück. Vereinzelt und ohne planmäßige Unterstützung durch die gewerkschaftlichen Organisationen unternommen, konnten diese Gründungen im alten Staat keine nennenswerten Erfolge zeitigen. Sie sind größtenteils schon nach kurzer

Zeit wieder eingegangen. Nur einige besonders gut geleitete und finanziell leistungsfähige Betriebe aus der Vorkriegszeit haben sich durchsetzen vermocht und bilden heute wertvolle Glieder in der neuen Sozialisierungsbewegung, die nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Kaiserreiches ihren Anfang genommen hat. Schon bald nach dem 9. November 1918, als die Auflösung der kaiserlichen Heere noch im Fluß war, haben aus dem Felde zurückgekehrte Bauarbeiter in den verschiedensten Teilen des Reiches von neuem die Initiative ergriffen, um in der freieren Luft des neuen Volksstaates auf der Grundlage genossenschaftlichen Zusammenschlusses Baubetriebe gemeinwirtschaftlicher Art ins Leben zu rufen. Durch Selbsthilfe zur freien Selbstbestimmung in eigenen Betrieben war die Lösung. Und der Wurf gelang. Die allgemeine Wohnungsnot, hervorgerufen durch völlige Untätigkeit in der Bauwirtschaft während des fünfjährigen Krieges verlangte geheimerisch die Herstellung neuer Wohnhäuser und löste überall eine rege Bautätigkeit aus. Die Gründung zahlreicher Bau- und Siedlungsgenossenschaften, die mehr soziale Einstellung der neu gewählten kommunalen Körperschaften und die Errichtung staatlicher Wohnungsfürsorgegesellschaften schufen die Gewähr, daß wenigstens teilweise mit der früher ausnahmslos geübten Begünstigung des privaten Unternehmertums gebrochen und ein namhafter Teil der öffentlichen und genossenschaftlichen Bauaufträge an gemeinnützig arbeitende Unternehmungen vergeben wurde. Deshalb ist das Baugewerbe heute die günstigste Angriffsstelle für die freie Sozialisierungsarbeit, und deshalb hat auch der Leipziger Kongreß des ADGB, aufgefordert, das Hauptaugenmerk auf die Wohnungsfrage und auf die Sozialisierung der Bauwirtschaft zu richten.

Die Ausführung dieses Beschlusses darf allerdings nicht in der Weise erfolgen, daß nunmehr beliebige Arbeitergruppen nach freiem Ermessen und ohne organischen Zusammenhang Eigenbetriebe errichten. Diese würden entweder bald der kapitalistischen Konkurrenz erliegen oder, was noch schlimmer wäre, durch Zufallsereignisse auf die falsche Bahn kapitalistischer Profitmacherei gedrängt werden. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Es soll kein neuer Arbeiterkapitalismus geschaffen werden, wie dies früher bei den Produktiv-Assoziationen zum Teil geschehen ist, sondern das Ziel ist die Gemeinwirtschaft, die Wirtschaft für die Gesamtheit, ohne Ausbeutung und ohne Vereinerlichung einzelner. Die Kraft des Proletariats darf auch nicht verzerzt werden. Sie muß vielmehr gesammelt und zusammengefaßt dort eingesetzt werden, wo die glücklichsten Voraussetzungen für die Schaffung sozialer Eigenbetriebe gegeben sind. Deshalb ist die tätige Mitwirkung der Organisationen unentbehrlich. Die Gewerkschaften müssen die Sammlung und die treuhänderische Verwaltung der Geldmittel übernehmen. In ihrer Hand müssen die moralischen und finanziellen Kräfte der Arbeiterschaft zusammengefaßt und nach einem festen Plan auf den wichtigsten Punkt gerichtet werden.

Es bestehen heute im Reich bereits über 200 soziale Baubetriebe. In ihnen werden etwa 20 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, denen im verflochtenen Jahre rund 200 Millionen Mark Löhne und Gehälter ausgezahlt wurden. Eine ganz respektable Leistung, wenn man bedenkt, daß die Mehrzahl der Betriebe erst 1920 oder Ende 1919 gegründet worden ist, heute also höchstens auf ein ein- bis zweijähriges Bestehen zurückblicken kann! Die meisten haben die Form der Genossenschaft. Es ist allmählich aber erkannt worden, daß diese Form für Produktivbetriebe wenig geeignet ist. Es liegt dies in der Hauptsache daran, daß die Kapitalkraft der einzelnen Genossenschaften naturgemäß ziemlich eng begrenzt ist, und ohne beträchtliche Geldmittel ist nun einmal kein erfolgreicher Wettbewerb mit den privatkapitalistischen Unternehmungen möglich. Außerdem ist in der Genossenschaft die Geltendmachung gemeinwirtschaftlicher Tendenzen in ausreichendem Maße nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Die jüngeren Gründungen haben daher eine andere Gesellschaftsform angenommen, und die älteren Betriebe gehen mehr und mehr dazu über, sich entsprechend umzustellen. Die moderne Form für Produktivbetriebe ist die „Bauhütte“. Ihre Rechtsform ist die G. m. b. H. Ihre Geldgeber sind einerseits die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Angestellten, in erster Linie der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter, andererseits die öffentlichen Körperschaften — Gemeinden, Kreis- und Provinzialverbände —, sowie die wirtschaftlichen Organi-

sationen der Wohnungsfürsorge (gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, Baugenossenschaften usw.) und vor allem die vom Staat errichteten Wohnungsfürsorgegesellschaften (in Preußen „Heimstätten“ genannt), denen die Verteilung der staatlichen Wohnungszuschüsse obliegt und denen ausdrücklich die Verbilligung des Wohnungsbau als Aufgabe zugewiesen ist. Die Betriebe sind Mittel der sozialen Baubetriebe, soweit sie dem Verband sozialer Baubetriebe angegliedert sind, dürfen sich zur Zeit auf 100 Millionen Mark belaufen. Einen besseren Maßstab für die Größe der Bewegung und ihre Bedeutung für den Wohnungsbau bietet der Umfang der tatsächlich ausgeführten Arbeiten. Nach dem letzten Tätigkeitsbericht des Verbandes sozialer Baubetriebe hatten die 200 ihm angeschlossenen Bauproduktbetriebe am 1. April 1922 einen Auftragsbestand von 470 Millionen Mark. Hiervon entfielen 30 vom Hundert auf Aufträge öffentlicher Organe und 48 vom Hundert auf gemeinnützige Siedlungsgesellschaften. An dem Rest sind vornehmlich Konsumgenossenschaften-Gewerkschaften usw. beteiligt. Die sozialen Baubetriebe haben demnach ihren Satzungen getreu überwiegend für gemeinnützige Organe gearbeitet. Bauten für eigene Rechnung werden von ihnen überhaupt nicht errichtet. Dagegen haben sie, soweit es bei der fortgesetzten Geldentwertung im Rahmen ihrer vorläufig noch sehr knappen Geldmittel möglich war, sich eine Anzahl baustoffherzeugende Betriebe, wie Ziegeleien, Sägewerke, Plattenfabriken, eine Schiefergrube u. a. m. angegliedert, die zur Verbilligung der Bauausführung dienen.

Da die Bauhütten keinerlei Gewinne ausschütten dürfen und ihren Geldgebern lediglich eine mäßige Verzinsung des eingebrachten Kapitals gewähren, können sie naturgemäß billiger arbeiten als die privatkapitalistischen Unternehmer, zumal da sie infolge ihrer sozialen Arbeitsmethoden auch weniger Arbeitspersonal brauchen und deshalb allgemein geringere Betriebsunkosten haben. Es ist durch zahllose Einzelvorgänge festgelegt worden, daß sie ihre kapitalistische Konkurrenz um bedeutende Summen unterboten und dadurch in allen Gegenden, wo soziale Baubetriebe bestehen, eine spürbare Preisentwertung im Wohnungsbau herbeigeführt haben. Den Nutzen haben zunächst die Mieter, haben vor allem aber Staat und Gemeinden, die auf diese Weise mit ihren aus öffentlichen Mitteln gewonnenen Wohnungszuschüssen und Baudarlehen mehr Wohngelegenheit haben schaffen können als wenn sie einfach der unbedingten Preisdiktatur des kapitalistischen Unternehmertums ausgeliefert gewesen wären. Es erweist sich also, daß das Stück Gemeinwirtschaft, das durch die Tatkraft der baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter in einem der wichtigsten Gewerbegebiete geschaffen worden ist, einen großen Segen für die Allgemeinheit darstellt. Es ist zugleich ein Musterbeispiel für die Möglichkeiten proletarischer Selbsthilfe, das zur Nachahmung anreizt und bei der Arbeitnehmerschaft aller Berufe Verständnis und freudige Unterstützung finden wird.

Berliner Brief.

I.

(GMe) Die größte Macht der Arbeiterschaft ist unfreiwillig die Einigkeit. Wo diese von irgendeiner Seite untergraben wird, muß der Arbeiterschaft unwillkürlich mehr oder minder großer Schaden entstehen, was sie auch bereits in hunderten von Fällen am eigenen Wohlergehen zu spüren bekam. Aus diesem Grunde sollte auch jeder denkende, aufgeklärte Arbeiter dazu beitragen, den Zersplitterungs- und Zerrüttungsabsichten einzelner Personen recht bald einen Riegel vorzuzusetzen. Leider ist aber ein Teil der Arbeiter und meistens solche, die jahrzehntelang ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hatten, von der widerlichen abstoßenden Kampfesart dieser Personen so angeekelt, daß sie die Lust und den Mut, solchen Zersplitterungselementen bei jeder Gelegenheit entgegenzutreten, verloren haben und sich resigniert mit den Verhältnissen abfinden.

Sieht man sich nun diese Zersplitterungsapostel etwas genauer an, dann findet man zwei verschiedene Arten oder Gruppen, und zwar: erstens jene, die aus falscherphantasmen Idealismus, meist noch in dem guten Glauben, der Allgemeinheit zu dienen, die von bestimmten Stellen, in bestimmter Absicht herausgegebenen Parolen gläubig nachbeten und sie zu verwirklichen suchen, ohne sich dabei bewußt zu werden, daß sie dabei selbst den Nit abgeben auf dem sie sitzen. In ihrer Unkenntnis der realen Wirklichkeit nehmen sie

an, sie stünden mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Tatsachen! Die zweite Gruppe wären die, welche mit vollem Bewußtsein ihrer zerstörenden Tätigkeit sich die erste Gruppe dienstbar machen, um für sich selbst aus den Trümmern der Organisationen einen Tempel zu errichten, in dem sie glauben die dargebrachten Dankopfer ihrer gläubigen Gemeinde in Ruhe genießen zu können.

Während nun die erste Gruppe meist mit einigermaßen anständigen Mitteln gegen ihre z. T. vorbandenen, z. T. eingebildeten Gegner innerhalb der Organisationen vorgeht, wird von der zweiten Gruppe jede Gemeinheit für gut befunden, um als Mittel zum Zweck zu dienen. Lüge und Verleumdung, Entstellungen und Verdrehungen von Tatsachen, ja, direkter Verrat der eigenen Kollegen, der nachher natürlich anderen in die Schuhe geschoben wird, alles dies ist recht und wird dazu benützt, die sich ihren egoistischen Zielen entgegenstellenden Widerstände zu bekämpfen. Je nachdem wie stark nun diese Gruppen und besonders die letztere in den einzelnen Orten vorhanden sind, so stark ist im umgekehrten Verhältnis die Kraft der Organisation anderen wirtschaftlichen und politischen Widersachern gegenüber. Hat die Arbeiterschaft dies aber einmal erkannt, dann ist es auch ihre Pflicht gegen sich selbst, daß sie diese zerstörenden Elemente, bevor sie größeren Schaden anrichten, unschädlich macht! Dies hat aber, und das möchten wir besonders betonen, nichts mit einem Mundtotmachen einer gesunden Opposition zu tun. Eine gesunde Opposition ist für die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung ebenso notwendig, wie der Saurecitz zum Brotbacken. Aber wie der Saurecitz, soll das Brot nicht ungenießbar werden, frei von Unreinigkeiten sein muß, so muß und wird sich auch eine gesunde Opposition frei von Schmutzigkeiten halten und nur ehrlich und mit Sachlichkeit versuchen, ihre Ansicht zur Geltung zu bringen, ohne egoistische Hintergedanken, immer geleitet vom Interesse für die Allgemeinheit.

Nun macht sich in unserer Organisation in Berlin vor allem in letzter Zeit eine besondere Spezies von Organisationszerstörern wieder sehr bemerkbar. Alle demagogischen Kniffe, jede illegale Methode und jede Gemeinheit wird angewandt, um die Fundamente der Arbeiterschaft zu zertrümmern und das bisherige Vertrauen zu der Gewerkschaft zu untergraben. Einer der prominentesten Vertreter dieser Sorte „Kollegen“ ist der Steinmetz Karl Holzjäger, und weil von einem Teil seiner politischen Freunde aus Parteinteressen und von einem anderen Teil seiner Freunde aus blinder Organisationsgegnerschaft sogar unter Androhung von Gewalt versucht wird, eine wahrheitsgetreue Darstellung der Person Holzjägers und seiner Arbeitsmethode zu verhindern, bin ich gezwungen, weil die andere Möglichkeit fehlt, durch diesen Artikel allen Kollegen, und besonders jenen Berliner Kollegen, die den Versammlungen fernbleiben, die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein klares Urteil zu bilden. Die von H. in zwei sich in letzter Zeit bei der Firma K. u. G. ereigneten Streitfällen gespielte Doppelrolle gab die Veranlassung, daß sich die Ortsverwaltung nun mal endlich, nach allzu langer Rücksichtnahme, gezwungen sah, ein deutliches Wort zu sprechen. Und zwar spielten sich die Sachen folgendermaßen ab:

Im Anschluß an die letzten Demonstrationen anlässlich des Mathematurdes sah sich die Belegschaft veranlaßt, gegen ein Mitglied des Betriebsrates Stellung zu nehmen. Die sich mit der Sache befassende Betriebserversammlung (zirka 140 Personen) wurde aber nicht, wie es vielleicht richtiger war, im Anschluß an die Arbeitszeit, sondern in Fortsetzung der Mittagspause während der Arbeitszeit (zirka 1 1/2 Stunde) abgehalten. Doch darüber wollen wir nicht urteilen, ob dies recht oder nicht recht war, sondern mag in solchen Fällen die Belegschaft es mit der Firma abmachen, wie die Sache geregelt wird. Der Kollege H. war aber anderer Meinung und wollte sich wohl eine günstige Gelegenheit, der verhassten Gewerkschaft ein auszuweichen, nicht entgehen lassen. Er stellte also den Antrag, von der Firma die Bezahlung der 1 1/2 Stunden zu verlangen, um wie er sich wörtlich ausdrückte, der „Gewerkschaftsbürokratie die Maske vom Gesicht zu reißen“. Was war nun der Hintergedanke dieses Vorgehens? Wer einigermaßen klarschauende Arbeiter errät dies bald. Entweder stellt sich die Gewerkschaft, ohne vorher zu den Verhandlungen hinzugezogen zu werden, wenn es zum Konflikt mit der Firma kommt, hinter die Belegschaft und nimmt alle Konsequenzen eines Tarifbruches zum Schaden der Gesamtkollegen auf sich und erreicht man dadurch indirekt eine Schwärzung der Kassen, oder aber die Gewerkschaft stellt sich, wenn die Firma die Bezahlung ablehnt, auf den formalen Rechtsstandpunkt und gibt zu, daß eine Verpflichtung zur Bezahlung nicht

Vom deutschen Marmor.

Von U. v. Oppen.

I.

Fremde Länder, vornehmlich Italien, Griechenland und auch Frankreich, stehen von alter in dem Ruf, schönen Marmor zu besitzen. Wir wissen, daß die Alten die großen Kunstwerke klassischer Architektur aus Marmor formten, wissen auch, daß die Römer den bunten Marmor bezogen, die Griechen dagegen eine Vorliebe für den weißen, auch jetzt gelblich gefärbten Stein der Insel Paros zeigten, weil dieser Marmor im Sonnenlicht durchsichtig und warm aufleuchtete, so daß die herrlichen Gestalten von einem geheimnisvollen Leben durchdrungen schienen.

Auch die lichtblauen und hellgrünen Marmorsteine, wie sie im Pentelikongebirge und am Berge Sphakios vorkommen, waren berühmt und geschätzt, und von der Bedeutung der Brüche im italienischen Carrara weiß heute jedermann.

Wer kannte aber die reiche Fülle wertvoller Marmorlager, die Deutschlands Erde barg, bevor die Not der Kriegszeit die vergessenen Werte aus ihrem Dornröschenschlaf weckte? Abgesperrt von jeglicher Zufuhr fremdländischer Gesteine fing man an, im eigenen Lande Umschau zu halten. Voll Enttäunen stellte man fest, daß der heimatische Boden in seinem Schoße ungeahnte Mengen vorzüglichen und für alle Zwecke verwendbaren Marmors verborgen hält, der auch schon früher im Ausland Anerkennung gefunden hatte, aber im Inland nicht genügend beachtet worden war. Bereits vorhandene Brüche und neu entdeckte Vorkommen bedurften nur des Ausbaus und der Erschließung, um sie der Allgemeinheit nutzbar zu machen. So wurden neuzeitliche Maschinenanlagen geschaffen, elektrische Seilbahnen in die Brüche eingebaut und ein weitverzweigtes Netz von Kleinbahnen zur Förderung der rohbaureichen Klöde angelegt. Gatten die heimischen Brüche bisher nur etwa 1000 Kubikmeter zu dem jährlichen Bedarf Deutschlands von 24 000 Kubikmeter zugeführt, so hob sich die Förderung rasch und erreichte im Jahre 1919 schon 6000 Kubikmeter, 1920 7300 Kubikmeter. Der Marmor zeigte überaus mannigfaltige Farben, hohe Politurfähigkeit und erwies sich als außerordentlich widerstandsfähig. Und schließlich dürfte dies auch für den Deutschen nichts Neues sein: Er stand doch früher der gleiche Marmor hoch in Ehren, freilich — man hatte ihn meist für Auslandsmarmor gehalten.

Der Marmorstein ist auf zweierlei Wegen in sehr merkwürdiger Weise aus Kalkstein entstanden; die eine Art wird „Kontaktmetamorphose“ genannt, und man versteht darunter die Verwandlung eines Gesteins durch enge Berührung mit Gneisgesteinen. Die sengende, flüssige Blut vulkanischer Ergrüsse drang mit ihren Hitzebestrahlungen wie mit spitzen Pfeilen in alle Poren des Kalkfelsens, als die heißen Fluten aus der Tiefe der Erde durch die spröde Kruste hindurchbrachen. Die höchste Wirkung ergab sich, wenn mehrere Durchschlagsröhren nebeneinander die eingeschlossenen Kalksteine durchglühten. Da werden die letzten organischen Reste im Kalk verjagt, die Schichtung verschwindet — zerfällt, und die charakteristischen Formen der winzigen Meerwesen und Schalentiere, aus denen er zumeist entstand, werden vernichtet: der Marmor ist aus der Blut entstanden, oft gleichmäßig gefärbt und rein und weiß wie Schnee. — Dieser Vorgang konnte in der Neuzeit verfolgt werden, wenn Lava über Kalk floß; an den Kalkbruchstücken, die von dem heißen Strom eingeschlossen wurden, waren sogar alle Stadien der Marmorbildung, vom unberührten Kern aus „dichtem Kalk“ bis zum klaren Marmor des lavahellen Mantels abzulesen.

Die andere Entstehungsform wird auf Verwandlung durch übermäßigen Druck (sogen. Dynamometamorphose) zurückgeführt, wie er bei der Gebirgsbildung die Gesteine belastet, wenn sie sich

aufbäumen, überlagern und schließlich zusammenpressen zu Riesenschichtgebirgen. So wurden in den Alpen am Tödi, am Finsteraarhorn und anderen Bergen solche aus Jurakalk gepresste Marmorfelsen erkannt, und auch der karrratische, wie der griechische Marmor gehört hierher. Wie ungewöhnlich müssen die Kräfte gewesen sein, die diese Verwandlung des Felsgesteines geschaffen haben!

Die Marmorvorkommen sind also teils an die Stellen vulkanischer Durchbrüche, teils an die Orte großer gebirgsbildender Bewegungen gebunden.

In den Nordabhängen der Alpen, unweit des Tegernsees und bei Ruhpolding, etwa 20 Kilometer südlich des Chiemsees, werden in zwei größeren Brüchen ein rötlicher und ein blaugrauer Marmor gewonnen. Beide zeigen ein schönes weißes Geäder, gehören dem alpinen Jura an und weisen ammonitenreiche Versteinerungen auf. Schon in früheren Jahrhunderten spielten diese warmfarbigen Marmore eine bedeutende Rolle, wie das Rymphenburger Schloß zu München und das Schloß zu Schleißheim bezeugen.

Wenn wir bei Ingolstadt die Donau überqueren, so gelangen wir in das an Marmor reiche Gebiet des bairischen Jura. Die zahlreichen Brüche gruppieren sich um die Orte Weihenbrunn und Treuchtlingen. Die Farbe dieses Marmors ist gelblich bis blaugrau. Die vielen Versteinerungen geben ihm oft ein schönes blumensartiges Aussehen, das der Fachmann als „gebümt“ bezeichnet. Die Säulen und Stufen des Münchner Hauptbahnhofes, der Kandelaber vor dem Nationaltheater und der Wolfsbrunnen in dieser Stadt zeigen die Schönheit dieses Marmors.

Auch der bei Kelheim gemonnene, ebenfalls dem Jura angehörige Marmor mit hellen Farbentönungen hatte seine Blütezeit. Aus ihm gingen die drei Wahrzeichen der Donau hervor: die Kelheimer Befreiungshalle, die Walhalla und der Dom zu Regensburg. (Fortsetzung folgt.)

Tagung der deutschen Geologischen Gesellschaft.

Nach zwölfjähriger Pause — die letzte Tagung der deutschen Geologischen Gesellschaft fand vor 12 Jahren unter Leitung des so verdienstvollen, leider viel zu früh verstorbenen Gelehrten Dr. Fraas statt — haben sich deutsche Gelehrte wieder versammelt, um über die Forschungsergebnisse der letzten Jahre auf geologischem Gebiet zu berichten und neue Anregungen zu empfangen. Die Tagung wurde am 29. Juli in Breslau im Hause der Gesellschaft für vaterländische Kultur eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde der Geschäftsführer der Geologischen Gesellschaft, H. Cloos, gewählt, der warme Begrüßungsworte an die Erschienenen, unter denen sich eine Anzahl ausländischer Gelehrten befand, richtete und allen dankte, die mit offener Hand gespendet und das Zustandekommen der Tagung ermöglicht haben. Es waren viele Schwierigkeiten zu überwinden, um das Zustandekommen der Tagung in dem geschlossenen Schloß zu sichern. Begrüßungsansprachen hielten weiter der Rektor der Universität, der Vertreter der Technischen Hochschule, der Oberbürgermeister Dr. Wagner, und im Auftrage der Gesellschaft für vaterländische Kultur sprach Prof. Dr. Fraas über die Arbeit dieser Gesellschaft, die vor 100 Jahren von einem kleinen Kreis von Männern gegründet wurde, die besonders Naturwissenschaften und Technik fördern wollten.

Prof. Dr. Rompe di-Berlin sprach von der Internationalität der Wissenschaft, die über allen Haß hinwegsehen müsse. Diese Tagung soll ein Strahl der ersten Morgenröte der internationalen wissenschaftlichen Arbeit sein. Der Redner verlas dann eine Resolution, in der gegen den Beschluß des belgischen Organisa-

tionskomitees des 8. Internationalen Geologenkongresses protestiert wird, wonach Deutschland von der Teilnahme an diesem Kongreß ausgeschlossen werden soll. Die Resolution wurde von den Anwesenden angenommen. Prof. Vohs lag erstattete hierauf Bericht über seine langjährigen Arbeiten an der Herstellung einer ersten flüssigen geologischen Karte der Erde. Alle bisherigen Versuche sind veraltet oder unbefriedigend. Die Herstellung der vom Redner geplanten Karte im Maßstabe von 1:6 Millionen scheitert an den hohen Kosten heutzutage; es soll daher zunächst eine Karte in der kleineren und vereinfachten Form im nächsten Winter vollendet werden.

Interessante Mitteilungen machte dann Geheimrat Krusch über „Weißenerz und seine Vorkommen, ein neues bauwürdiges Erz.“ Dieses Erz findet sich in den Maoren in Westdeutschland (der Fundort könne aber noch nicht angegeben werden, weil die bergrechtlichen Entscheidungen noch nicht getroffen sind). Es handelt sich hier um ein erzklares Nösterz; die Ausbeute wird vorläufig auf einige Hunderttausend Tonnen geschätzt, aber es besteht die Aussicht, daß auch in andern Gegenden Deutschlands dieses Erz gefunden werden wird. Aus der großen Reihe interessanter Vorträge sei hier noch der Vortrag Stille über „Normaltektonik, Salztektonik, Vulkanismus“ erwähnt. Die Entstehung unserer Erde ist ja ein Problem, das uns Menschen in ganz besonderem Maße stets interessiert hat und interessiert, und die verschiedensten Theorien hierüber sind im Laufe der Jahrhunderte entstanden. Redner ist Anhänger der Kontraktionslehre, der Schrumpfungstheorie, die bis jetzt durch eine bessere noch nicht ersetzt worden ist.

Im Anschluß an die Tagung fanden Führungen durch Museen statt und Exkursionen in geologisch besonders interessante Gebiete der näheren Umgebung Breslaus sowie ins Gebirge bis nach den Sudeten.

Untergang?

Geht unsere Kultur zugrunde? Steht uns der Untergang der weltlichen Welt bevor? Groß sind die Zeichen des Verfalls; die Ähnlichkeit unserer Zeit mit dem Abstieg vergangener Kulturepochen ist vorhanden. Ins Greisenalter kommt unsere Welt.

So sagt man. Und warum sehen so viele so schwarz? Unsere Zeit ist alt; sie enthält keine Jugend, weil sie unfähig zur Religion sei. Natürlich ist damit nicht irgend ein Dogma gemeint. Es ist die Wissenschaft, die also spricht. Und sie meint Religion im reinen, edelsten Sinne: Erleben, Begeisterung. Und das haben alle Großen der Menschheit gefühlt, daß sich ein Aufleben der Seele nötig ist, wenn Erfolg errungen werden soll. Ohne Religion keine Produktivität; ohne Liebe keine Zukunft.

Aber ist denn unsere Zeit so gar jeder religiösen Kraft? Wo ist denn der Urquell alles Neuen? Ist nicht seit je das Volk der heilige Jungbrunnen, aus dem die Kultur ihr neues Leben schöpft? Ist auch dieser ewige Born verjagt? Man möchte es glauben, wenn man so manche Kreise unseres Volkes, so manche Teile des „Volkes“ in diesem Sinne, des Proletariats, betrachtet. Begeisterung! Genießen! Ja! Stumpfheit und Untergang!

Und doch, es glüht da in dieser breiten, dahinleibenden Masse ein heiliger Zukunftspunkt. Es ist da ein proletarisches Kern, der seht und will und erlebt und im schwelenden Herzen die Zukunft trägt. Unser Volk ist nicht tot. Der Untergang ist nicht besiegelt. Es knospet da unten ein wollerender Lebens.

Führt alle wie sie, ihr Proletarier! Laßt eure Herzen entflammen! Habt Begeisterung! Laßt das Ideal des Kampfes leuchten, höchstes, schönstes Ziel sein. Und aus dem Proletariat der Not wird der Triumphe der Menschheit werden.

direkt vorliegt und dann kann man wieder mal so schön mit dem Verrat der Gewerkschaften, Partikieren mit dem Unternehmertum usw. eine Hege gegen seine eigene Gewerkschaft führen.

Dieser seine Plan gelang allerdings daneben. Der Ortsverwaltung war es möglich, nachdem sie von der Firma durch den Betriebsrat zur Vermittlung angerufen war, eine Vereinbarung zustande zu bringen, die ohne vom Boden des Rechtes abzuweichen, den Kollegen die Bezahlung der Zeit brachte. Damit war also wieder mal ein Giftkeil zerbrochen, ohne daß er großen Schaden anrichten konnte. Doch nach dem schönen Grundlag: Nur nicht den Mut verlieren, wartete man auf eine andere sich bald bietende Gelegenheit. Eine gelangliche Leistung eines Kollegen St. gab Veranlassung zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen diesem und dem Betriebsleiter, in deren Verlauf durch die heberseitige Nervosität auch einige Liebenswürdigkeiten gewechselt, und letzten Endes die fristlose Entlassung des Kollegen St. ausgesprochen wurde. Die Belegschaft nahm dazu Stellung und beschloß, unter hervorragender Mitwirkung Holzfallers, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Entlassung rückgängig gemacht werde. Die Verhandlungen mit der Betriebsleitung zogen sich einen halben Tag hin, ohne daß der Ortsverwaltung die geringste Mitteilung gemacht wurde. Erst am Abend wurde sie telefonisch aufgefordert, in einer zum nächsten Tage verabredeten Streikversammlung zu erscheinen und wurde ihr damit erst Kenntnis von dem Konflikt gegeben. Die von S. in der letzten Zeit im Betriebe und in von ihm einberufenen Betriebsratsversammlungen gegen die „Gewerkschaftsbureaucratie“ betriebene Hege wirkte sich nun beim Erscheinen des Vorsitzenden in der fraglichen Versammlung in der Art aus, daß er mit den Worten: „Verräter, Judas“ usw. empfangen wurde. Desgleichen wurde ein Antrag gestellt, daß er zu der Verhandlung nicht mitgehen solle, da er und der Gauleiter „Vertrauenspersonen der Unternehmer“ seien. Dieser Antrag wurde dann aber abgelehnt und machte der Vorsitzende einen Vermittlungsversuch, der nicht zum Ziele führte. Die Firma verlangte, daß erst die Arbeit aufgenommen werde, dann solle sofort der Streikfall untersucht werden, und wenn sich herausstelle, daß der Betriebsleiter im Unrecht war, werde die Entlassung sofort wieder rückgängig gemacht. Nun setzte die Doppelrolle Ss. wieder ein. Als die Belegschaft über das Angebot abstimmen soll, wird von ihm wieder eine großartige Rede gehalten: Die Kollegen müßten durchhalten, auch eventuell ohne die Unterstützung der Gewerkschaft, es drehe sich darum, dem Unternehmertum gegenüber die Ergründungen der Revolution zu verteidigen, den Kampf gegen die Bourgeoisie und die Unterdrücker durchzuführen und zuletzt wurden die Kollegen aufgefordert, das Angebot der Firma abzulehnen. Das Resultat dieser Rede war, zum Teil auch dadurch hervorgerufen, daß in dem beengten Raume der einzelne seine Ansicht nicht ohne eine gewisse Kontrolle zu Papier bringen konnte, daß das Angebot der Firma mit großer Majorität abgelehnt wurde. Dies war am Freitag mittag. Am Sonnabend vormittag, als auf Aufforderung der Unternehmerorganisation die Ortsverwaltung unter Hinzuziehung einer Reihe Vorstandsmitglieder und der Streikleitung mit dem Firmeninhaber und Vertretern der Unternehmerorganisation am 2. August um 10 Uhr in der Fabrik zusammentrat, erklärte Holzfaller als Streikleiter, ohne daß sich die Ortsverwaltung vorher äußerte, wörtlich folgendes: „Wir wollen eine goldene Brücke bauen, wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sache friedlich beigelegt werden soll und daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden kann.“ Man vergleiche die Rede am Tage zuvor und die Ausführungen in Gegenwart des Firmeninhabers, daß also die Kollegen entgegen ihrem Beschlusse, ohne vorher selbst gefragt zu werden, eventuell am Montag früh zur Arbeit getrieben werden sollen. Und weiter wurde wörtlich ausgeführt: „Ja, Herr S., in der Bauhalle herrscht ein geradezu glänzendes Arbeitsverhältnis“, und dann weiter: „Wir hätten den Kollegen St. (durch welchen der Streit entstand) zurückgewiesen, wie er sich als Arbeiter gegenüber der Betriebsleitung zu verhalten hat.“ Wo hat schon jemals einer von den Berliner Kollegen in den stundenlangen Reden Ss. ähnliche Ausführungen gehört? Doch, da ist ja der Firmeninhaber nicht anwesend. Aber es kommt noch besser. Als dann aus der Sitzung heraus eine engere Kommission gewählt war, machte S. in dieser den beiden Unternehmern gegenüber, nach Angaben seines Freundes Potokoff, folgende Ausführungen: „Sagen Sie Herrn S., wir werden schon dafür sorgen, daß in der Nippachabteilung die Remedurg geschaffen wird — Ein „revolutionärer“ Arbeiter, der das Unternehmertum sonst mit Haut und Haaren frißt, er bietet sich im Betriebe Remedur zu schaffen, gibt also zu, daß die Betriebsleitung im Recht war, wenn sie bestehende Unordnung beseitigen wollte. — Wie heißt es doch in Berliner Mundart? „Nachtrag, id hör dir laufen“... oder in der praktischen Arbeiterbewegung? „heute rot und morgen — gelb!“

Als dann schließlich eine Vereinbarung getroffen wurde, die fast genau dasselbe brachte, was die Kollegen bereits am Freitag haben konnten, da versuchte S. nochmals auf den Firmeninhaber einzuwirken, er solle versuchen, die Leute zu benachrichtigen, daß bereits am Montag um 7 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte, ohne also den Kollegen erst das Resultat der Besprechung zwecks Stellungnahme zu unterbreiten, sie demnach einfach zur Arbeit kommandieren. — Ist das die so oft geforderte Diktatur des Proletariats? Die Firma lehnte dies wegen technischer Unmöglichkeit ab und sind nun die Kollegen leider um je 800 Mark Lohn gekommen. Wir behaupten, wenn die Ortsverwaltung rechtzeitig von dem Streikfall unterrichtet wurde, dieser Schaden jedem einzelnen erspart werden konnte. Aber dann hätte man ja wieder nicht die Möglichkeit gehabt, bei der Erfratung des Berichtes am Montag früh in Abwesenheit der beiden Verbandsangehörigen so wirkungsvoll gegen diese zu gehen und seine eigene Person, unter wohlweislichem Verzicht auf die Wahrheit, unter Verbrechung der Tatsachen, mit einem Glorienchein zu schmücken. Vielleicht legen sich nun mal die Berliner Kollegen und besonders die Belegschaft der Firma K. u. G. die Frage vor: wo nun eigentlich und von wem Verrat geübt wurde? Leider wird aber dieser Sorte Kollegen mehr Vertrauen geschenkt als wir denen, die bisher immer die Interessen der Allgemeinheit über ihre eigene Person gesetzt haben. Aber es gilt doch die Organisation zu revolutionieren. Darum wird innerhalb des Betriebes eine besondere Fraktion gegründet, die ihre bevorzogenen Zusammenkünfte abhält, darum werden alle ehrliche Betriebsratsmitglieder durch ganz gemeine Anwürfe veranlaßt, ihren Posten niederzulegen, damit man eventuell selbst in diese „geschätzte Position“ einrücken kann, darum wird die Belegschaft vor die Alternative gestellt, eventuell alle erprobte Kollegen aus dem Betrieb zu jagen, wenn der Betreffende nicht freiwillig die Konsequenz zieht. Darum läßt man sich, wenn es geht, sechsmal im Laufe der Woche ein Verharmlosungsamt ausstellen und überzeugt sich bei der Abstimmung persönlich, wer dem zustimmt, damit auf Andersdenkende ein gemühter Druck ausgeübt werden kann. Darum wird auch von S. einem Kollegen gegenüber geäußert, daß bereits 3000 Mark in der Kasse vorhanden sind (in welcher und wozu?), und daher kann auch S. zu einem anderen Kollegen in bezug auf die Auseinandersetzung mit der Ortsverwaltung sagen: „Warte noch ein halbes Jahr, dann steht die Sache noch ganz anders!“

Ich richte nun an alle ehrlichen Kollegen die Frage, sollen wir es noch länger ruhig mit ansehen, wie die Organisation durch solche Doppelgänger untergraben wird? Wollt ihr es noch weiter dulden, daß durch solche Personen Unfriede in die Belegschaften und die Gesamtkollegenchaft getragen wird, wollt ihr länger euch von derartigen Demagogen durch salbungsvolle Reden einlullen lassen, wollt ihr nicht zeitig genug erkennen, wo der Weg hingehet? Ich sage nein und nochmals nein! Lange genug haben wir Rücksicht genommen, lange genug haben wir gezögert, um nicht die Berliner Zahlstelle in eine Krise zu bringen, lange genug haben wir über die Lumpereien dieses Aushilfskollegen den Mantel der Nachsicht gebreitet, doch jetzt werden wir dem Herrn einmal „die Maske vom Gesicht reißen“, damit ein jeder sieht, welche elende Frage sich dahinter verbirgt. Und damit sich alle Kollegen, denen ja vieles nicht bekannt ist, ein richtiges Bild dieses Kollegen machen können, werde ich auch den Schleiher von der Vergangenheit dieser Person in einem nächsten Artikel ziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß mir der Vorwurf der unverständlichen Rangmut gemacht wird.“

Die erweiterte Hilfe für Sozialrentner.

In den Reichsgeheblättern vom 1. und 4. August 1922 ist nunmehr das Gesetz über die Bezüge von Sozialrentnern mit den nötigen Ausführungsbestimmungen veröffentlicht worden. Die erneuten Hilfsmassnahmen sollen beschleunigt durchgeführt werden. So haben die Gemeinden die Neufestsetzung der Unterstützungen, die sich aus den neuen Gesetzesvorschriften ergibt, besonders wie sie durch die beschränkte Anrechnung der Renten aus der Invalidenversicherung bedingt wird, spätestens bis zum 1. Oktober 1922 durchzuführen. Die neuen Bestimmungen können nur im Zusammenhang mit den vorausgegangenen verstanden werden.

Die Fürsorge soll deutschen (auch österreichischen) Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung auf Antrag zugute kommen. Es hat also jeder dieser Rentner einen ausdrücklichen Antrag bei der Gemeindeverwaltung seines Wohnortes zu stellen. Der Antrag kann auch durch einen Vertreter gestellt werden. Wer den Antrag nicht oder verspätet stellt, hat daher Nachteile zu gewärtigen, da auf mehr als drei Monate vom Tage der Antragstellung an gerechnet die Unterstützung nicht nachgezahlt werden darf. Das gilt natürlich auch für die Erhöhung der Bezüge.

Die Unterstützung soll nach den Umständen und im Höchstbetrage so bemessen werden, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 7200 M., einer Witwenrente von 5700 M., einer Waisenrente von 3200 M. erreicht. Bisher waren diese Sätze 4800, 3300, 2000 M. Nun ist aber zu beachten, daß vom 1. August an die Renten selbst, die aus den Mitteln der Versicherungsanstalten bezahlt werden, eine Erhöhung erfahren haben, und zwar die Invaliden-, Alters- und Witwenrenten um 200 M., die Waisenrenten um 100 M. monatlich. Hieraus ergibt sich also, daß die Erhöhung des Gesamtjahreseinkommens schon dadurch ausgeglichen oder erreicht wird, daß die Rentenerhöhung eingetreten ist.

Trotzdem ist eine Neuberechnung der Notstandsunterstützungen an die Rentenempfänger durch die Gemeinden vorzunehmen. Erstens ist der § 2a des Gesetzes vom 24. April 1922 geachtet worden, wonach die Gesamtbezüge z. B. für einen Invalidenrentenempfänger grundsätzlich nach wie vor 3000 M. im Jahre betragen sollten und sie nur beim Vorliegen „ganz besonderer Umstände“ auf 4800 M., bei den anderen Rentenempfängern entsprechend, erhöht werden konnten. Was aber solche Umstände sind, war nicht gesagt, und so blieben sehr viele Gemeinden meist unter jener Höchstgrenze zurück. Nunmehr bringt das Gesetz mit viel größerer Bestimmtheit zum Ausdruck, daß der Höchstbetrag der Gesamtbezüge zu erreichen ist. Die Willkür der Gemeinden ist also eingeschränkt worden. In recht vielen Fällen müssen also aus diesen Gründen Erhöhungen der Notstandsunterstützungen eintreten.

Sobald enthält das neue Gesetz aber noch eine Verbesserung insofern, als bei der Berechnung des gesamten Jahreseinkommens die Rente immer nur mit einem bestimmten, ein für allemal feststehenden Betrage zur Anrechnung kommt, und zwar einem Betrage, der die Erhöhungen der Renten aus größerer Beitragsmarkezahl und höheren Lohnklassen (Steigerungssätze) unberücksichtigt läßt. Darüber hinausgehende Rentenbeträge werden nicht berücksichtigt so daß die in Betracht kommenden anrechenbaren Rentenbezüge niedriger, die Notstandsunterstützungen höher werden. Außerdem wird dadurch die gesamte Verwaltungsaufwand, Ueberprüfbarkeit und Kontrolle einfacher. Seine Normal-Rentenbeträge sind festgesetzt auf 8400 M. für Invaliden- und Altersrenten, 3200 M. für Witwenrenten und 1600 M. für Waisenrenten. An Witwen, die eine Rente aus der Angestelltenversicherung erhalten, wird die Unterstützung nur gezahlt, wenn sie invalide im Sinne der Invalidenversicherung sind.

Die sonstigen Einrichtungen sind im wesentlichen dieselben geblieben. Hat der Rentenempfänger Kinder unter 15 Jahren, die nicht selbst eine Rente beziehen, so erhöht sich die für das Gesamtjahreseinkommen anzurechnende Grenze um 500 M. für jedes Kind. Für das vierte und jedes weitere Kind beträgt diese Erhöhung 600 Mark. Diese Beträge sollten unter allen Umständen aufgebracht werden und sind ganz unzulänglich. Elternlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Rentenempfänger überwiegend besorgt, werden den Kindern gleichgestellt. Bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens bleibt das Arbeitsverdienstvermögen der Rentenempfänger bis zum Jahresbetrage von 4000 M. außer Ansatz. Bis zum Betrage von 1200 M. insgesamt sind auf das Gesamtjahreseinkommen nicht anzurechnende Bezüge aus der Militärversicherung, aus der inanspruchgenommene Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmen, aus privaten Unterstützungsanstalten und aus Spar- und Lebensversicherungen geblieben ist die den Hinterbliebenen nachteilige Einrichtung, daß deren Bezüge hierbei zusammenzurechnen sind. Unterstützungen, die von der privaten Wohlfahrtspflege gewährt werden, sind nicht zum Einkommen zu rechnen. Eine Härte ist es, wenn bestehen geblieben ist, daß gesetzliche Unterhaltungsansprüche, z. B. von Eltern an Kinder, zu berücksichtigen sind. Sie sind bei Berechnung des anzurechnenden Einkommens nicht nur zu berücksichtigen, soweit sie tatsächlich erfüllt sind, sondern bereits, soweit sie nach der Ueberzeugung der die Unterstützung entscheidenden Stelle von dem Unterhaltspflichtigen erfüllt werden können. Bedenkt man, daß der preussische Wohlfahrtsminister hierzu bestimmt hat, daß die Unterhaltspflichtigen soweit herangezogen werden können, daß ihnen nicht mehr Einkommen verbleibt, als die Sätze der Erwerbslosenunterstützung angeben, so würde in sehr vielen Fällen nicht viel Rentenzugabe herauspringen. Zum Glück haben aber hier die Gemeinden einige Bewegungsfreiheit und es ist zu hoffen, daß sie die Beschränkung recht wohlwollend handhaben. Auf keinen Fall darf solche Unterstützung angerechnet werden, die über die gesetzliche Unterhaltspflicht oder die vertraglich übernommenen Verpflichtungen hinausgeht.

Die Gemeinde hat die Höhe der Unterstützung tunlichst unter Zuziehung von Personen aus den Kreisen der Versicherter oder der Rentenempfänger festzusetzen. Meist ist ein Ausschuß eingesetzt, der diese Arbeiten besorgt. Gegen die Ablehnung oder die ungenügende Festsetzung der Unterstützung ist Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig. Als solche kommt bei den kleineren Gemeinden der Landrat, im übrigen der Regierungspräsident in Frage. Die Aufsichtsbehörde entscheidet endgültig. Die Unterstützung wird von der Gemeinde des Wohnortes in monatlichen oder wöchentlichen Teilbeträgen im voraus gezahlt. Gewährte Armenunterstützung kann nur bei der erstmaligen Auszahlung der Beihilfen angerechnet und gekürzt werden, sonst ist das unzulässig. Befindet sich der Rentenempfänger in einer Anstalt (Invalidenheim, Hospital usw.), wo er Verpflegung erhält, so kann die Anstalt bis zu dreiviertel der Gesamtbezüge erhalten. Das Reich erstet den Gemeinden achtzig vom Hundert der von ihnen verauslagten Unterstützungsbeträge.

Das Gesetz mag noch Lücken haben und unzulänglich sein. Als Ganzes ist es aber zu begrüßen. Es zeugt von den sozialen Bestrebungen der Republik.

Aus den Zahlstellen.

Zum Uebertritt der Steinbildhauer. Kollegen! Nunmehr ist unser Wunsch: Uebertritt zum Steinarbeiterverband, durch geschlossenen Uebertritt im Reiche in Erfüllung gegangen. Wir sind als vollberechtigte Mitglieder aufgenommen, deshalb erlaube ich die Kollegen, nunmehr im Sinne des Steinarbeiterverbandes zu wirken, und in allen Orten, wo Bildhauergruppen bestehen, sich rege an dem Verbandsleben zu beteiligen, auch möglichst in den örtlichen Verwaltungen mitzuarbeiten; denn nur dadurch können wir Erfolge erzielen. Auch die Steinarbeiter hoffen, daß sich die Bildhauerkollegen an dem Verbandsleben in jeder Art beteiligen und damit an dem Ausbau des Verbandes teilnehmen. Da Kollege Paul Sondershausen in Leipzig bereits als Vertreter der Steinbildhauer in den unbesoldeten Hauptvorstand als Weisiger gewählt ist, so gilt er damit gewissermaßen als der nunmehrige Obmann der Steinbildhauer im Reich. Jedoch sind alle Wünsche einzelner Bildhauer oder Gruppen in Berufs-, Agita-

tions- oder sonstigen Angelegenheiten in m e r durch die örtliche Zahlstelle der Steinarbeiter an den Hauptvorstand in Leipzig zu richten. Nur so ist ein gutes Einvernehmen und Hand-in-Handarbeiten möglich.

Die bisherigen Obleute bitte ich mir das letzte Lohnabkommen mitzuteilen, auch von Nürnberg, Kassel, Würzburg, Dortmund, Hamburg höre ich gern. Diese Lohnabkommen sind selbstverständlich in erster Linie dem Hauptvorstand in Leipzig zu überweisen, der diese Unterlagen in seinem Tarifressort statistisch und agitatorisch dringend benötigt.

Jetzt, Kollegen, heißt es, eingetreten und mitgekämpft Schulter an Schulter mit den übrigen Steinarbeitern für das Wohl des Verbandes und der Gesamtkollegenchaft.
F. Winter, bisheriger Obmann, Neufölln, Siegfriedstr. 45 III.

Gemeinsame Sitzung des Verbandsausschusses mit dem Zentralvorstand am 27. August in Leipzig. Der Vorsitzende gab einen Ueberblick zu der wirtschaftlichen Verursache. Einige Lohnkämpfe geben Anlaß zu Moniten. In die Zahlstellenverwaltungen wird infolge dessen in Kürze ein Rundschreiben gesandt, welches die notwendigen Richtlinien für Streiks usw. nochmals darlegt. Die Zahlstellen sind dann verpflichtet, wenn sie wollen, daß der Verband hinter ihren Unternehmungen stehe, sich streng an diese Richtlinien zu halten.

Auf die ausgeschriebenen Stellen hatten sich eine Anzahl Kollegen gemeldet mit zum Teil sehr guten Bewerbungsbriefen. Als Gauleiter für den 4. Gau neun Kollegen. Nach eingehender Prüfung und Beratung wurde zum besoldeten Gauleiter im 4. Gau der Pfaffensteinschmied Konrad Reiss in Eiterhagen bei Kassel einstimmig gewählt. Eiterhagen soll infolge der außerordentlichen Wohnungsschwierigkeiten vorläufig als Gauvorsitz bleiben bis eine Veränderung eventuell nach Kassel möglich wird. Der Antritt des Kollegen R. Reiss wird noch bekanntgegeben, erfolgt jedoch so schnell wie möglich.

Für die Funktion als Bezirksleiter im Unterfränkischen Reichskalksteingebiet, sowie für den Westerwald hatten sich insgesamt acht Kollegen gemeldet. Vier wurde nach eingehender Beratung beschlossen, den betreffenden Bezirken aus der Zahl der Bewerber Vorschläge zu unterbreiten, die Wahl selbst jedoch den Kollegen im Bezirk zu überlassen. Bemängel wurde noch, daß in beiden Bezirken äußerst fähige dort ansässige Kollegen sich nicht gemeldet haben. Die Betroffenen sollen den Bezirken genannt werden, damit sie eventuell mit zur Wahl stehen.

In Fragen der Agitation wurden bestimmte Beschlüsse gefaßt. Um einzelne größere Gebiete nachdrücklich bearbeiten zu können. Die Kündigung der IWA für die Werkstein-, Marmor- und Grabmalgruppe wurde beschlossen. Nachdem mehrere Zahlstellenanträge auf Notstandsunterstützung an Mitglieder erledigt und einige andere Anträge und Anträge von Mitgliedern und Angestellten zum Abschluß kamen, wurde nach achtstündiger Dauer die gemeinschaftliche Sitzung geschlossen.

Rammelsbach. Am 10. August fand hier eine allgemeine Steinarbeiterversammlung statt. Trotz der wichtigen Tagesordnung war deren Besuch nur mäßig. Zunächst gab Bezirksleiter Kollege Gras den Massenbericht vom 2. Quartal bekannt. Einnahme und Ausgabe ergaben einen Kassenbestand von 18188,40 M. Kom erfinden und den Neuloren wurde die Erklärung abgegeben, daß sich die Kassenverhältnisse in tadellosem Zustande befinden, wonach einstimmig Entlastung erteilt wurde. In Punkt 2 gab Kollege Gras Bericht über die am 8. August stattgefundene Lohnverhandlung und hob besonders die Taktik der Unternehmer hervor, die immer noch nicht begriffen haben, was den Steinarbeitern an Lohnverhöhung bewilligt werden müßte. Hier muß endlich Anerkennung eintreten und die Kollegen zu der Ueberzeugung kommen, daß es höchste Zeit ist, eine geschlossene Kampffront zu bilden. Besondere Beachtung verdienen die Worte des Kollegen Gras über das Ueberstundenlohn ein-zelner Gruppen. Gerade die Gruppe, die noch in ihrem Lohn zurücksteht, dieses auf ihr eigenes Konto zu schreiben hat. Die Anrechnung eines Beamten vom staatlichen Einbruch in Rammelsbach, Herr Schilde, verdient hier angeführt zu werden: „Es gibt keine besondere Zulage, die arbeiten ja 10 und 12 Stunden.“ Als Staatsbeamter sollte er es aber wissen, daß dieser Zustand gesehlich unzulässig ist. Die Diskussion war lebhaft. Das Ueberstundenlohn soll unter allen Umständen unterbunden werden. Eine Aussprache fand auch statt über die Tätigkeit des Gewerkschafts-farziells in Kassel. Kollege Gauß glaubt, daß es nicht seinen Zweck erfülle. Kollege Gras trat dem entgegen und betonte, dem Kartell die benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen, damit auf sozialem Gebiete für die Kollegen etwas geleistet werden kann. Vielfach liegt es aber an den Delegierten, weil sie die Wichtigkeit des Ortsausschusses nicht beachten. Kollege Gras wurde in seinen Ausführungen von Kollegen Gauß und Heil unterstützt. Es wurde sodann die Wahl zum Kartell vorgenommen und die Kollegen Gauß, Niebergall, Nupprecht und Kappel gewählt. Dann wurde noch die Beitragsleistung besprochen. Im Zusammenhang damit die christliche Agitation, die sich auf ihre niedrigen Beiträge beruft, um Mitglieder zu erwischen.

Kappelrodt. Christliche und unsere Taktik. Im Mai d. J. kurz vor unserm Verbandstag war es, da hielt ein christlicher Gewerkschaftsangehöriger die Zeit für gekommen, innerhalb unserer Zahlstelle einen Vorstoß zu machen, um Erfolge für seine Organisation zu erringen. Er wählte die Zeit gut, da er wußte, daß unser Gauleiter, ebenso der Zahlstellenvorsitzende zum Verbandstag müßten. Manches mußte da vorher noch geregelt werden, in einer Zeit, wo dauernd Lohnverhandlungen stattfinden, gibt's ja immer Arbeit in Hülle und Fülle. Dieser Herr, der Name tut verläufig nichts zur Sache, wußte wohl, daß er in seiner Arbeit von unserer Seite aus nicht gestört werden konnte. Als Schauplatz seiner Tätigkeit suchte er sich den abgelegenen Steinbruch Wiedenfelden (Bühlertal) aus. Dort waren zum größten Teil Arbeiter beschäftigt, die noch nicht lange organisiert sind und bei denen der Organisationsgedanke noch nicht festen Fuß gefaßt hat. Hier gelang es ihm durch allerlei Ueberredungskünste, die Leute von unserer Organisation abwendig zu machen und seiner christlichen Organisation zuzuführen. Doch es kam wieder anders. Am Sonntag, dem 13. August, wurden von unserer Seite die betreffenden Kollegen zu einer Versammlung eingeladen, der sie auch, bis auf drei, alle Folge leisteten. Kollege Fuchs behandelte nun die christliche Organisation und stellte demgegenüber unsere Organisation. Nach Schluß seiner Ausführungen erklärten die anwesenden Kollegen einmütig ihren Uebertritt zu unserm Verbande. Dem christlichen Angestellten wurde von den betreffenden Kollegen schon vorher mitgeteilt, daß sie sich dem Zentralverband eventuell wieder anschließen würden. Er hatte es also in der Hand, in der Versammlung anwesend zu sein und sein Heil nochmals zu versuchen. Wir hatten uns schon auf die Auseinandersetzung gefreut. So hat er den besseren Teil der Tapferkeit gewählt, und ist nicht erschienen. Im trüben fißchen ist auch leichter und liegt den Christlichen besonders gut. Den Unterschied zwischen unserer und der christlichen Taktik herauszufinden, wird dem Leser nicht schwer fallen. Wir kämpfen mit offenem Visier, die aber versuchen es anders herum. Wenn die Christlichen ihr Glück in unserer Zahlstelle nochmals versuchen, werden die Kollegen ihnen einen Ab-schiedsmarsch blasen, an den sie denken werden und der ihnen das Wiederkommen sicherlich vergällt.

Minderbüden. Am Sonntag, dem 20. August, hielt die hiesige Zahlstelle eine gutbesuchte Versammlung in Widdingen in der Wagnerischen Gastwirtschaft ab. Referent war Gauleiter Menges. Er sprach über Entstehung der Gewerkschaften, ihre Aufgaben und Ziele. Während des inhaltreichen Vortrags waren alle Kollegen sehr aufmerksame Zuhörer und an dieser Stelle sagen alle Kollegen der Zahlstelle ihrem Gauleiter für seine Worte besten Dank. Im Punkt Verschiedenes wurden von den Kollegen örtliche Verhältnisse gestreift und etwaige Mängel in den Betrieben gerügt. Der Vorsitzende der Zahlstelle, Kollege Koll, wies darauf hin, daß diese Mängel nur allein in den Betrieben durch die Betriebsräte, gestützt auf die Mithilfe der Kollegenchaft, abgestellt sind. Die über drei Stunden dauernde Versammlung nahm einen sehr guten und anregenden Verlauf. Zum Schluß gaben die Kollegen dem Wunsch Ausdruck, unsern Gauleiter Menges bald wieder einmal in unserer Mitte zu sehen.

Braunschweig. Ein Polier, wie er nicht sein soll! Auf dem Platz der Firma Dellner & Hüser in Braunschweig haben sich sehr unliebsame Zustände eingeschlichen. Der Polier Karl Bormann benimmt sich gegen unsere Kollegen ganz erbärmlich. Er behandelt schon jahrelang dort beschäftigte Mitarbeiter wie dumme Jungen. Auch ist er so ausfällig, daß seine Ausdrücke gegen die Kollegen hier nicht wiedergegeben werden können. Er versteht es sehr gut, seine Mitarbeiter so zu behandeln, daß ihre Entlassung bald darauf erfolgt. Dieses Benehmen wendet er auch bei Kollegen an, die dort schon jahrelang beschäftigt sind. Durch diese unwürdige Behandlung des Poliers B. wurden nun schließlich einige Kollegen gezwungen, diese Behandlung dem Inhaber kundzutun, worauf aber keine gerechte Antwort erfolgte. Daraufhin forderten sie ihre Entlassung. In einer Versammlung der Zahlstelle wurde darauf beschlossen, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor nicht der Polier B. den Platz verlassen habe. Nun sucht die Firma anderweitig Arbeitskräfte. Da es ihr nicht glückt, fremde organisierte Arbeitskräfte zu bekommen, versucht sie es mit unorganisierten, was wir aber mit allen Kräften zu verhindern suchen. Wir werden alle Mittel anwenden, daß die von uns gestellten Bedingungen von der Firma respektiert werden, andernfalls wir die Sperre über den Platz nicht aufheben.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(24. August.)

(W.W.) Die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Vertretern der Reparationskommission haben in der vergangenen Woche das öffentliche Interesse so stark in Anspruch genommen, daß die sprunghaften Steigerungen der Preise an den Waren- und Lebensmittelmärkten kaum noch einer Diskussion in der Tagespresse für wert gehalten wurden. Es ist ja eben das jenseitige Unglück Deutschlands, daß es nun schon seit Jahr und Tag sich unter Aufbietung der letzten Kraft immer wieder der von außen her drohenden Gefahren erwehren muß und gar keine Ruhe findet, seine wichtigen häuslichen Angelegenheiten zu ordnen. Der Dollar ist der Gradmesser der Verelendung des deutschen Volkes geworden. Er ist bereits an die Grenze von 2000 herangekommen. Damit ist für die nächste Zukunft die Tendenz aller Preisbewegungen gegeben. Je mehr die Entwertung der deutschen Mark fortgeschreitet, um so mehr bürgern sich im Geschäftsleben Psephologien ein, die diesen Verfall unserer Währung noch weiter beschleunigen. Fabrikanten und Großhändler haben schon seit geraumer Zeit alle verfügbaren Gelder in Devisen angelegt, um sich von der Entwertung der Mark zu emancipieren und um die Rohstoffversorgung ihrer Betriebe auf alle Fälle sicherzustellen. Inwiefern dabei über das notwendige Maß hinausgegangen wurde, wird sich nur sehr schwer feststellen lassen. Privatwirtschaftlich mag diese Devisenhamsterei ihre Vorteile haben, für die Volkswirtschaft ist sie jedoch zweifellos von Nachteil. Wir verschlechtern auf diese Weise nicht nur unsere Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland, sondern legen auch ungeheure finanzielle Mittel brach, die dem Wirtschaftsleben bereits an allen Ecken und Enden fehlen. Besonders bedauerlich ist aber, daß diese Devisenhamsterei bereits von weiten Schichten kapitalkräftiger Privatleute betrieben wird, die für ihre Wirtschaft eigentlich gar keine ausländischen Zahlungsmittel benötigen. Diese Kreise sind es besonders, die gegenwärtig rumänische Lei, polnische Mark und tschechische Kronen in spekulativer Absicht aufkaufen. Derartige Käufe tragen natürlich ebenso zur Verschlechterung der Mark bei wie das Aufspeichern von Dollars, Gulden oder Pfund. Der Arbeiter und Angestellte, der heute mehr denn je genötigt ist, von der Hand in den Mund zu leben und kaum für ein paar Tage Vorräte einzukaufen kann, ist der katastrophalen Entwertung der Mark am stärksten preisgegeben. Für ihn ist ebenso wie für den Kleinrentner der Dollarkurs das reine Hungerbarometer. Oesterreich, das uns in den letzten Jahren auf dem Wege ins Elend immer um einige Monate voraus war, steht bereits unmittelbar vor der Katastrophe. Die Reise des Bundeskanzlers Dr. Seipel nach Prag und Berlin war ein letzter Versuch, das äußerste Unglück zu verhüten. Deutschland kann leider bei größter Bereitwilligkeit im jetzigen Moment den österreichischen Brüdern kaum nennenswerte Hilfe gewähren. Diese Hilfe müßte ja auch sehr schnell erfolgen und durchgreifend sein. Mit Verjähren ist Oesterreich nicht mehr gedient. Schon werden aus Wien Arbeitslosenparaden und blutige Zusammenstöße gemeldet. Sehen wir in Deutschland ähnlichen Verhältnissen entgegen? Gibt es kein Mittel mehr, um den Kursturz der Mark aufzuhalten? Wohl wird die wirtschaftliche Lage Deutschlands gegenwärtig in sehr hohem Maße durch die französische Politik beeinflusst. Die Neben-Poincarés haben nicht zuletzt dazu beigetragen, der Mark tödliche Stöße zu versetzen. Wenn wir uns aber aufmerksam in Deutschland umschauen, so werden wir finden, daß einer energischen Wirtschaftspolitik noch manche lohnende Aufgabe harret und daß manches Unheil durch rasches Zugreifen verhütet werden kann. Nichts ist im jetzigen Moment verhängnisvoller als eine Politik des Zauberns und der ängstlichen Rücksichtnahme auf irgendwelche Sonderinteressen.

Konjunkturmchwung? Die Krisensymptome am deutschen Arbeitsmarkte mehren sich von Woche zu Woche. Ein stärkerer Rückschlag wird vorläufig noch durch den fortwährenden Arbeiterbedarf der Landwirtschaft und durch die anhaltende Bautätigkeit verhindert. Immerhin melden schon verschiedene Landesarbeitsämter für die dritte Augustwoche eine Zunahme der Arbeitsuchenden und eine beträchtliche Verminderung der Vermittlungen. Nicht bezeichnend ist ein Bericht für Schleswig-Holstein, in dem es u. a. heißt: „Die Erwartungen auf eine günstige Fortentwicklung des Arbeitsmarktes haben sich nicht erfüllt. Wenn auch die Anforderungen der Landwirtschaft im Hinblick auf die im vollen Gang befindlichen Erntearbeiten weiterhin groß bleiben, so ließ doch die Aufnahmefähigkeit verschiedener Industrie- und Gewerbebranchen in der Berichtswache merklich nach. Soweit es sich hierbei um ungelernete Arbeitskräfte handelte, trat dieser Umstand ganz augenfällig und wider Erwarten bei den sonst erheblichen Hafenermittlungen in die Erscheinung, doch machten sich auch anderwärts leichte Anzeichen einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage geltend insofern, als Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung sowie Rückgang in der Konjunktur hier und da zu Betriebsbeschränkungen und größeren Arbeiterentlassungen führten.“ Aus der Provinz Brandenburg werden vor allem Entlassungen im Kleingewerbe gemeldet. In der westdeutschen Metallindustrie, die im allgemeinen noch gut beschäftigt ist, wird infolge Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung ein Rückgang des Beschäftigungsgrades gemeldet. In erster Linie sind natürlich die ungelerneten Arbeiter betroffen. Bei den Arbeitsnachweisen des Rheinlandes gehen ebenfalls in einzelnen Berufsgruppen die Aufträge auf Bestellung männlicher Arbeiter zurück, während das Angebot an solchen im Steigen begriffen ist. Das Hauptarbeitsamt Bamberg meldet: „Der Arbeitsmarkt nimmt in Oberfranken bereits Formen an, die auf eine baldige Verschlechterung schließen lassen. Im allgemeinen ist jedoch der Geschäftsgang noch zufriedenstellend.“ Die sächsischen Arbeitsnachweise berichten über eine gewisse Zurückhaltung in der Bedarfsanmeldung seitens der Textilindustrie. Zum Teil wird mit bevorstehenden Betriebsbeschränkungen gerechnet. In der Plauener Stickerei- und Spitzenfabrikation ist ein Stillstand der Nachfrage zu beobachten. In den Nordseebädern zeigt sich ein starker Rückgang der Nachfrage nach Seebadern. Alle die hier angeführten ungünstigen Symptome am Arbeitsmarkte bilden zwar vorläufig nur Einzelercheinungen. Der Beschäftigungsgrad ist im großen und ganzen in allen Industriezweigen noch recht lebhaft. Es wäre aber eine bedenkliche Unterlassungssünde, wenn man die jetzt auftretenden ungünstigen Erscheinungen übersehen oder unterschätzen würde. Sie stehen in engem Zusammenhang mit den Krisensymptomen am Geld- und Warenmarkte. Es kann kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß wir den Höhepunkt der Konjunktur in der gewerblichen Warenherstellung überschritten haben. Nach Beendigung der Erntearbeiten wird der Zustrom zu den städtischen Arbeitsmärkten stärker einsehen und die bisher verhältnismäßig ge-

ringe Arbeitslosigkeit sicher sehr rasch zunehmen. Uebrigens macht sich gegenwärtig unter dem Druck der Feuerung in den meisten Großstädten schon ein stärkeres Angebot von weiblichen Kräften für Haus- und Fabrikarbeit bemerkbar.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Im Monat Juli herrschte in der gesamten Natursteinindustrie Deutschlands wie man so sagt: „Gute Konjunktur“. Von wenigen Ausnahmen, hauptsächlich in der Grabmalbranche, abgesehen, war in der Sandstein-, Granit- und Marmorbearbeitung keine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. In der Pflasterstein- und Schotterindustrie können verschiedene Firmen die Aufträge knapp bewältigen. Besonders die Werke im Westen Deutschlands haben alle alten Vorräte abgesetzt. Nach geübten Facharbeitern ist außerordentliche Nachfrage. Ebenso ist die Kalkindustrie gut mit Aufträgen versehen, hier bremsst nur der leidige Kohlenmangel. Man mag diesen flotten Geschäftsgang in der Steinindustrie, der auch im August noch vorherrscht, als Anglistikonjunktur bezeichnen, jedenfalls wirft eine solche die gewünschten Einnahmen für die Industrie auch ab. Seit mehreren Monaten wird auf Grund der Mark-Entwertung von einer kommenden Krise geredet; wo man hindörte, wurde sie prophesiert und nicht am wenigsten von Unternehmern. Bei jeder Verhandlung wurde ihrerseits immer und immer wieder das Kommende, das Unausbleibliche, ja das Schreckliche als morgen bevorstehend hingestellt. Gewiß hat die Kaufkraft der Mark von einem auf den anderen Tag ungläublich eingebüßt und damit jenen, die von der Hand in den Mund leben, immer mehr Sorgenfalten aufgeprägt, doch die Aufträge in der Industrie haben trotzdem nicht nachgelassen. Die erledigten wurden durch neue abgelöst, Ausland und Inland wechselten dabei ab. Es war bisher eine eigenartige wirtschaftliche Situation, die allen Schlussfolgerungen immer wieder ein Schnippchen schlug. — Nunmehr hat der ganze Geschäftsbetrieb einen argen Stoß erlitten durch den Sturz der Mark auf Null. Ist das die so oft an die Wand gemalte Krise? Ja und nein! Denn es soll sich keiner bilden, diesen Vorgang etwa vorausgesetzt zu haben, denn eine solche fürchterliche Wirkung konnte niemand voraussehen! Wie sich nun das weitere geschäftliche Gantieren abwickelt, besonders im Export, läßt sich momentan nicht darlegen; versteht die Industrie sich dem anzupassen, dann winken den Unternehmungen trotzdem außerordentliche Gewinne auf Grund der Valutaverhältnisse. Der gesamten Industrie, einschließlich Natursteinindustrie, dürfen dann o h n e b e s t i m m t e Eingriffe die Exportgewinne nicht etwa überlassen bleiben.

Südharzer Steinindustrie G. m. b. H. „In Sangerhausen wurde eine „Gesellschaft Südharzer Steinindustrie“ gegründet, die sich aus den Steinbildhauern W. Meurer (Sa. Lehmann), Staab und Bahl in Sangerhausen, Möbius-Ärtern, Wolff und Hellwig-Blantenheim, Reichenbach-Frankenhausen und Bennewitz-Sondershausen zusammenschließt und den Zweck hat, die jetzt so teuren Rohmaterialien durch Gesamteinkauf sowie Eisenbahnfrachten usw. zu verbilligen, in allen Punkten, die die Steinbildhauerei, Grabdenkmäler usw. betreffen, eine Einigung herbeizuführen. Direktor der Gesellschaft ist Herr W. Meurer, mit Handelsvollmacht betrauter Gesellschafter Herr Karl Staab, beide in Sangerhausen. Das Stammkapital beträgt 1380 000 M. Der Sitz der Gesellschaft ist in Sangerhausen. Die gerichtliche Eintragung ist erfolgt.“

Diese Notiz haben wir dem dortigen „Generalanzeiger“ entnommen, sie enthält auch den Vermerk, daß die neue Firma „die Standesherrn schützen“ will. Das ist nun so eine eigene Sache, solche Absichten in die Welt hinauszusetzen. Richtiger wäre es schon, wenn die neue Firma sich damit eingeführt hätte, den Sangerhäuser, Ärterner und anderen Steinmeßern dem gefällten Schiedsspruch entsprechend Lohn zu zahlen. Diese müssen leider erst die Verbindlichkeitsklärung beantragen und dann noch allerdings andere Winkelzüge beseitigen. Das hätte sicherlich mehr Einbruch hinterlassen als der von uns kritisierte Satz aus verblichener Zeit.

Gewerkschaftliches. Der Zimmererverband zählt jetzt über 100 000 Mitglieder, die wöchentliche Auflage des Verbandsorganes 115 000 Exemplare. Zu diesem Erfolg hat wesentlich beigetragen die seit dem Jahre 1919 aufgenommene Werbearbeit unter den Lehrlingen im Zimmerergewerbe. Der Zimmererverband ist die stärkste engere Berufsorganisation unter den deutschen Gewerkschaftsorganisationen; ihre Erfolge und ihre Nützlichkeit, die diese Geschlossenheit befruchteten und förderten, brauchen an dieser Stelle, weil unter der Arbeitererschaft allgemein anerkannt, nicht besonders hervorgehoben zu werden. Der Zentralverband der Zimmerer und verwandte Berufsgruppen betrachtet die jetzige städtische Mitgliederzahl als eine Vorstufe zu weiterer Entwicklung; wir freuen uns des Erfolges auch und wünschen weiteren.

Die „Gewerkschaft“, das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist zum 9. Verbandstage in Magdeburg, wo die Verbandsfiliale zugleich ihr 25jähriges Bestehen feiert, in einer besonderen Fest-Aufmachung herausgegeben. Der Redakteur E. Dittmer befindet darin tatsächlich großes Geschick, was er bereits bei anderen Gelegenheiten oft bewiesen hat. Zierleisten, Bignetten und Ansichten aus Magdeburg sind den einzelnen inhaltsreichen Artikeln würdig angepaßt und geben damit der Verbandstagsnummer einen hohen Wert.

Pfarrer Hohoff und die Gewerkschaften. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgende Notiz: „Der jetzt über 70 Jahre alte katholische Pfarrer Hohoff ist namentlich in seiner weislichen Heimat als Vertreter eines christlichen Sozialismus allgemein bekannt. Gegen ihn und seine Lehre hat einst August Bebel eine auch heute noch verbreitete Streitschrift gerichtet. Jetzt macht das „Bischöfliche Generalvikariat“ von Paderborn bekannt: „Die Fälle mehren sich, daß Angehörige der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sich auf Pfarrer Hohoff in Paderborn berufend, Katholiken für den Eintritt in die Freien Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei werben. An dem Verhalten des Pfarrer Hohoff könne man erkennen, daß es den Katholiken erlaubt sei, diesen Organisationen anzugehören. — Pfarrer Hohoff erklärt zwar, daß er der Sozialdemokratischen Partei nicht angehöre. Sein gesamtes Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber veranlaßt aber viele Sozialdemokraten, ihn für sich in Anspruch zu nehmen und bei der Werbung von Angehörigen sich auf ihn zu berufen. In katholischen Kreisen wirkt das zum Teil argerniserregend, zum Teil verwirrend. Wir mißbilligen es scharf, daß ein katholischer Geistlicher es ruhig ansieht, daß unter Berufung auf ihn Katholiken in Organisationen eintreten, in denen sie ersten Gefahren für ihren Glauben ausgesetzt sind und sehen uns genötigt, die Katholiken vor dem Anschluß an die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei nachdrücklich zu warnen.“

Die Weltfremdheit der geistlichen Instanzen spiegelt sich auch in diesem Erlasse wieder. Was soll der alte Pfarrer denn eigentlich tun, um solcher Mißbilligung zu entgehen? Er kann doch nicht mehr wie ein heißsporniger Kaplan auftreten. Wollte man einem katholischen Arbeiter den Beitritt zur freien Gewerkschaft von der Kirche aus verbieten, könnte sehr leicht die umgekehrte Wirkung eintreten. Es zeugt aber auch nicht von großem Zutrauen zur Glaubensstärke der Arbeiter, wenn man ihren Glauben gefährdet hält durch den Eintritt in die freie Gewerkschaft. Die Gewerkschaften sind tolerant genug, katholische Arbeiter wie alle anderen aufzunehmen. Und viele katholische Arbeiter sind vernünftig genug, ihre wirtschaftliche Interessenvertretung in der freien Gewerkschaft zu suchen.“

Soziales. Beruf und Jugend. Die ärztliche Aufsicht über die jugendlichen Arbeiter in Schweden hat nach den Gewerbeaufsichtsberichten festgestellt, daß bei 15 Prozent der Untersuchten Mängel der Körperbeschaffenheit vorhanden sind. Diese Feststellungen führten bei 1,5 Prozent zu einem völligen Verbot der Weiterbeschäftigung, bei 23,6 Prozent zu einem bedingten Verbot. Bei 2,4 Prozent der Jugendlichen wurden Mängel des Körperbaus, bei 1,6 Prozent Gerzkrankheiten, bei 0,4 Prozent Lungentuberkulose und bei 1,2 Prozent Drüsenkrankheiten festgestellt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 29. August die Abrechnung für das II. Quartal noch nicht eingeleitet:

1. Gau: Emden, Stralsund.
2. Gau: Grünberg.
3. Gau: Froburg.
4. Gau: Minden.
5. Gau: Teuschnitz.
6. Gau: Pöbenhausen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Liegnitz. Wegen Teilnahme an einem gewerkschaftlichen Kursus ist Gauleiter Senft vom 4. September bis 14. Oktober von den Gaugeschäften entbunden. Dessen Vertretung übernehmen: Für die sächsische Granit- und Schotterindustrie und alle sonstigen sächsischen Orte: Der Gauleiter Kollege W. Mühl in Leipzig, Zeiger Straße 32 IV. Für die schlesische Schotterindustrie G. Richter in Niederlinda (Kr. Lauban). Für die schlesische Sandsteinindustrie R. Hackauf in Punglau, Rothlager Str. 16. Für die schlesische und schlesische Oberlausitzer Granitindustrie und alle anderen schlesischen Betriebe der Kollege G. Müller in Striegau, Promenade 3. Alle Anschriften usw. sind an die genannten Kollegen zu richten, Tarifforderungen werden ebenfalls von diesen vollzogen. Die Gauleitung: A. Senft.

Tittling. Der Pflastersteinmacher Gottfried Bessinger wird hiermit dringend ermahnt, seine Verpflichtungen gegen die Zahlstelle Tittling und den Kollegen Vitus Altdorfer endlich zu erfüllen. Die Zahlstellen, wo Gottfr. Bessinger auftaucht, werden gebeten, ihn an seine Pflicht zu erinnern. Die Ortsverwaltung.

Würzburg. Der Gauangestellte Lohse hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen; die Zahlstellen werden ersucht, sich in allen Angelegenheiten, für die die neue Gauleitung zuständig ist, wieder an Koll. Lohse zu wenden. Adresse wie bisher: Müdertstraße 7 III.

Adressenänderungen.

3. Gau.
Aue i. Erzgeb. Vorf.: Hermann Müller, Bodau b. Aue, Spanedelberg 112 f.
Flöha. Vorf.: Josef Rietsch, Chemnitz Str. 14; Kass.: Oskar Sehmel, Bismarckstr. 14.
Herrenheide. Vorf.: Ludwig Lajch, Obere Hauptstr. 108.

4. Gau.
Pölle (Kr. Sameln). Vorf.: Fritz Rinne, Nr. 147; Kass.: Aug. Stuckenberger, Nr. 70.

6. Gau.
Sornberg. Vorf.: Michael Zisler, Triberger Str. 207.

7. Gau.
Hochwegen. Kass.: Josef Zellner, Pfefferhof, Post Tittling b. Passau.

8. Gau.
Nördlingen. Vorf.: Jakob Grasschopp, Kleinerdingen, Haus 21.

9. Gau.
Weilers. Kass.: Adam Rittner, Neudorf Nr. 12 bei Wächtersbach.
Wölferbütt. Kass.: Heinrich Eiche.

Briefkasten.

W. Artikel nehme nicht auf. Wer der Redaktion Mitteilungen macht, muß mit seinem Namen dafür einstehen, mindestens der Redaktion gegenüber. Der Stempel allein und die Unterschrift: „Mehrere Steinarbeiter“ genügt mir nicht.

Winterhausen, D. Steinendung eingetroffen. Besten Dank.

Anzeigen

Berlin.
Freitag, den 1. September, nachmittags 5 Uhr, in Graumanns Festsälen, Raunynstraße 27

Versammlung der Marmorbranche.

Montag, den 4. September, nachmittags 5 Uhr, in demselben Lokal

Versammlung der Bau- und Grabmalbranche.

Tagesordnung in beiden Versammlungen: I. Bericht der Tariffkommission und Stellungnahme dazu. II. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Diegler's Schriftzeicherei
Schrift (Hessen), Richer Straße 37
Anfertigung v. Altabaketen nach eingesandten Entwürfen.
Moderne Schriftentwürfe 80 Mark.

Tücht. Granit-Maschinen-
Schleifer
bei hohem Lohn sofort oder später gesucht. Otto Koppe, Bildhauer u. Steinmetzstr., Dobrlugstr. 8.

Ein zuverlässiger und erfahrener Granitschleifer findet sofort gute und dauernde Beschäftigung.
Cardinal a. Müller, Magdeburg-W., Große Diesdorferstraße 248 a.
Mitteldeutsche Glas-, Granit- und Metall-Industrie.

Suche einen tücht. Schleifmeister, bewandert im Lohnweifen, sowie tüchtigen Werkzeugschmied
Friedrich Hagelauer, Granitwerte fürth (Bayern).
(Werkwohnung vorhanden.)
Marmorschleifer für Hand oder Maschine in dauernde Beschäftigung gesucht
Chr. Aumüller, Marmorwerk Duisburg a. Rh., Büllofshweg.
Mehrere tüchtige Steinbrecher und Sandsteinmeßer für Bau und Kriegerdenkmäler stellt sofort ein. Stundenlohn 40 M. Meldung beim Steinmetzpoller.
Otto Kottloß, Oerlinghausen (Sippe).

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Herzogswaldau am 1. August der Silbkarbeiter Paul Heidrich, 26 Jahre alt, Lungenleiden.
In Demitz-Schumitz am 12. August der Granitsteinmeß Emil Petters, 55 Jahre alt, Arterienverkalkung.
In Reichenbach (D.) am 15. August der Granitsteinmeß Georg Dwyer, 46 Jahre alt, Lungen tuberkulose.
In Gera am 15. August der Steinmeß Hermann Födisch, 55 Jahre alt, Halsdrüsenkrebs.
In München am 16. August der Steinmeß Simon Demmer, 47 Jahre alt, Lungen tuberkulose.
In Aunkirchen am 17. August der Brecher Xaver Ermer, 34 Jahre alt, Nefltopf tuberkulose.
In Dresden-Pirna am 18. August der Steinmeß Josef Kaulich, 55 Jahre alt, am 21. August der Brecher Max Winter, 41 Jahre alt, beide an Lungen tuberkulose.
In Wölferbütt am 23. August der Pflastersteinarbeiter Leonhard Vogt, 29 Jahre alt, Unghlücksfall.
In Häslich am 24. August der Granitsteinmeß Paul Rietschel, 38 Jahre alt, Blinddarmentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Windler, beide in Leipzig.
Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.